

Zeitschriften-Spiegel

Probleme Südostasiens

Internationales Asienforum, Nr. 3/1970, enthält wichtige Hintergrundanalysen zur politischen Situation Indochinas.

Ein anonymer Korrespondent berichtet aus dem für Journalisten nahezu unzugänglichen Burma von inneren und äußeren Schwierigkeiten der Regierung *Ne Win* und prophezeit für dieses Land der buddhistisch-marxistischen Synthese einen möglichen Linksrutsch.

Hermann Kulke, Wissenschaftler am Südasieninstitut Heidelberg, untersucht in einer Vorgeschichte des Sturzes *Sihanouks* die historischen Faktoren, die für die Entwicklung Kambodschas in den letzten Jahrhunderten

entscheidend waren und ergänzt damit die dürftigen Presseberichte zu diesem Thema:

Prinz Sihanouk wurde 1941 vom Französischen Generalgouverneur Indochinas zum König bestimmt, blieb aber von seinen höfischen und französischen Beratern abhängig und war gefährdet von antimonarchistischen Bestrebungen, einer starken parlamentarischen Opposition und aktiven Widerstandsgruppen gegen die Kolonialherrschaft, bis er in einem „königlichen Kreuzzug für die Unabhängigkeit“ im Jahre 1953 den Abzug der Franzosen ohne Blutvergießen und die Waffenniederlegung der meisten Widerstandsgruppen erzwang. 1955 dankte er als König ab und baute daraufhin sein wichtigstes politisches Instrument, die Sozialistische Volksgemeinschaft, als Massenbewegung auf, die ihm eine plebiszitäre Herrschaft ermöglichte. Seine Staatsideologie be-

ruhe auf einer modernistischen Interpretation der Tradition, die gegenwärtige Ideen (wie Sozialismus) als Teil des historischen Erbes ansah. Seine personalistische Politik führte nach jahrelanger Unterstützung der Linken 1967 zur Krise, als er dem Druck wirtschaftlicher und konservativer Kreise nachgab, die ihn zwingen, Sachentscheidungen zugunsten personeller Umbesetzungen seiner rasch aufeinanderfolgenden Regierungen zurückzustellen. Sihanouk verbesserte seine Beziehungen zu den USA und gab 1969 seiner Armee den Befehl, die immer massiver eindringenden nordvietnamesischen Streitkräfte, die von den „Khmer Rouge“ in den östlichen und südlichen Provinzen unterstützt wurden, zu vertreiben, was ihm jedoch nicht gelang.

Innenpolitisch gab er zunehmend rechten Gruppen nach und leitete eine Reprivatisierung der Wirtschaft ein, die seinem Programm des „Khmer Sozialismus“ den Boden entzog. Während seines Versuches, in Hanoi, Moskau und Peking eine Reduzierung nordvietnamesischer Truppen in Kambodscha zu erwirken, die sicherlich zur Stärkung seiner eigenen Position geführt hätte, wurde er vom Putsch überrascht: „So scheint es heute keineswegs ausgeschlossen, daß es zu einer abermaligen Aufteilung Kambodschas in Einfluß- bzw. Machtbereiche Nord- und Südvietnams und Thailands kommt. Dies würde den zweiten und wohl endgültigen Tod Angkors bedeuten.“ (S. 339.)

Günther Schulz beschreibt in derselben Nummer des *Asienforum* die niemals wirklich funktionierende Neutralität von Laos, die 1962 endete, als Kennedy 17 000 US-Soldaten nach Vietnam entsandte, Nordvietnam daraufhin die Pathet Lao mit eigenen Truppen verstärkte und die Sowjetunion sich zurückzog. Danach begann der CIA (offizielle Militärberater schloß das Genfer Abkommen aus) den Ausbau, die Versorgung und die Führung der Regierungsarmee zu übernehmen. Die Flächenbombardierungen der Pathet-Lao-Stellungen und des Ho-Chi-Minh-Pfades machten Laos endgültig zum Nebenkriegsschauplatz des Vietnamkrieges.

Klaus von der Decken untersucht die soziohistorischen Grundlagen und die materiellen und ideellen Einflüsse auf die Politik in Laos. Das Programm der Pathet-Lao-Bewegung beschreibt er so: „den Buddhismus zu bewahren, aber nicht anderen Religionen gegenüber zu bevorzugen, König und Verfassung zu achten, Privateigentum und freie Wirtschaft beizubehalten, Laos wirtschaftlich unabhängig zu machen und die Volksbildung zu verbessern.“ Dies würde jedoch die Privilegien der traditionellen herrschenden Schicht beeinträchtigen, die militärisch und wirtschaftlich (Laos erhält die größte US-Hilfe pro Kopf) von den USA gestützt wird. 1969 soll es über 600 000 Flüchtlinge gegeben haben. „Ob die Flüchtlinge der Pathet-Lao-Herrschaft oder den amerikani-

schen Bombardements entkommen wollen, ist eine sinnlose Frage angesichts des Opportunismus einer Bevölkerung, die sich nach nichts als Frieden sehnt.“

In ihrer konkreten, für jeden verständlichen Sprache von der weitschweifigen, starren Diktion anderer kommunistischer Redner wohl tuend unterscheidbar sind zwei Reden *Mao Tse-tungs*, gehalten auf dem IX. Parteitag der KPCh, die von einer Tonbandaufnahme direkt aus dem Chinesischen für *Asienforum* übersetzt worden sind. Einige Zitate daraus: „Die sozialistische Revolution muß immer noch weitergehen. Was diese Revolution angeht, so sind einige Aufgaben noch nicht gelöst, z. B. Kampf, Kritik, Reform. Es kann sein, daß wir in einigen Jahren wieder eine Revolution durchführen müssen . . . An einigen Orten sind sehr viele Leute eingesperrt worden, das ist nicht gut. Ihr sperrt viele Leute ein, wofür sperrt Ihr sie bloß ein? Sie haben weder jemanden umgebracht noch haben sie Feuer gelegt noch haben sie Gift gestreut . . . Man sollte sie in den Betrieben arbeiten und an der Massenbewegung teilnehmen lassen . . . Für welches Jahr auch immer, wir müssen den Krieg vorbereiten. . . Der Feind wird keinen einzigen Vorteil haben. Ich nehme an, daß er auch nicht in der Lage sein wird, einzufallen. Die ganze Welt soll erkennen, daß unser Kampf gerecht und für uns günstig ist. . . Es gibt einige Leute, deren Ansichten nicht unbedingt mit der unsrigen übereinstimmen, aber das ist keine Beziehung (wie) zwischen dem Feind und uns. Deshalb ist mein Reden immer wieder und nichts anderes als: vereinigt euch . . . Der Einzug in die Städte (durch die Partei, B.S.) ist aber eine schlechte Sache, er hat unsere Partei verdorben . . . Tatsache ist, daß ein Neuaufbau notwendig ist. Jeder Parteizweig muß wieder aus den Massen heraus erneuert werden.“

Weiterhin behandelt *Internationales Asienforum* die außenwirtschaftlichen Beziehungen der VR China, die japanische Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Integrationsbestrebungen in Ostasien.

Die *Peking Kundschauf*, Nr. 32/1970, bringt einen programmatischen Artikel zur Umwandlung der Universitäten, die als Stätten der feudalistischen, bürgerlichen und revisionistischen *Litt Schao-tschü-Clique* bezeichnet werden, die die „Kompradorenphilosophie der Auslandsklaven und das Hinterdreinkriechertum“ verbreitet haben. Die Studenten müssen aus den Reihen der Arbeiter und Bauern mit praktischer Erfahrung ausgewählt werden und die Lehrer sollen sich künftig ebenfalls aus Arbeitern, Bauern und Soldaten rekrutieren.

Die Bedeutung der *indischen Landnahmebewegung*, die im August in einer von der KPI (Moskau-orientiert) und den sozialistischen Parteien unterstützten symbolischen Kampagne ihren Höhepunkt fand, scheint mir in unserer Presse nicht genügend erfaßt zu sein.

Die indische linksliberale Zeitschrift *Mainstream*, Nr. 51/1970, bezeichnet die Bewegung als ein in diesem Umfang noch nicht dagewesenes Erwachen der armen Landbevölkerung, insbesondere der Millionen Landlosen und kleinen Pächter, die bei der vielzitierten „Grünen Revolution“ leer ausgegangen sind. Die Regierung *Indira Gandhi* hat die Bewegung, die bisher noch von keiner Partei in den Griff genommen werden konnte, als illegal verurteilt und antwortet mit Verhaftungen; andererseits ist die bisher unvollendete Bodenreform auch offizielles Regierungsziel.

Sowjetunion und CSSR

In Heft 7/1970 der Zeitschrift *Europa-Archiv* hat unser Mitarbeiter Dr. / W. Brügel eine völkerrechtliche Abhandlung zum Thema „Sowjetunion und Tschechoslowakei“ veröffentlicht. So viel zum Thema der Besetzung der Tschechoslowakei schon geschrieben worden ist, ist es ihm doch gelungen, unbekannte und übersehene Gesichtspunkte und Tatsachen zu präsentieren. Es ging ihm nicht um den Beweis, daß die Aktion der fünf Staaten gegen die Tschechoslowakei ein Bruch des Völkerrechts war — das bedarf gar keines Beweises. Was er nachweist, ist, daß die Besetzung der Tschechoslowakei selbst nach der Moskauer Doktrin ein völkerrechtliches Delikt darstellt. Brügel ruft in Erinnerung, daß ein sowjetischer, in den Vereinten Nationen eingebrachter Antrag 1965 jede Intervention in einem anderen Staat „aus welchen Gründen immer, seien es wirtschaftliche, politische oder ideologische“ verurteilt. Er berichtet das erstaunliche Faktum, daß der sowjetische Chefdelegierte *Malik* im Sicherheitsrat am 21. August 1968 die Invasion mit der offenkundigen Lüge verteidigte, sie sei auf „Ersuchen der Regierung der Tschechoslowakei“ erfolgt, und er nagelt die noch weit erstaunlichere Tatsache fest, daß ein sowjetischer Antrag an die Vereinten Nationen aus dem Februar 1969, also aus der Zeit nach der Invasion, das Eindringen eines Staates auf das Territorium eines anderen Staates ein „internationales Verbrechen gegen den Frieden“ nennt, für das es eine strafrechtliche Verantwortung gebe. Selten dürfte ein so lückenloser und unwiderleglicher Nachweis gelungen sein, daß Moskau seine eigenen Handlungen als strafwürdiges Verbrechen gegen den Frieden, als Aggressionshandlung und als Verletzung des Völkerrechts verurteilt hat.

Hinweise

Die Zeitschrift liberaler Demokraten der USA, *Progressive*, Nr. 8/1970, bringt eine mit Namen und Zahlen belegte Analyse der Abstimmungen zum Thema Vietnamkrieg im Repräsentantenhaus der USA. Im Gegensatz zum Senat besteht das Repräsentantenhaus zum großen Teil aus Falken und ist daher eine ver-

läßliche Stütze *Nixons*. Dennoch hat es eine viel geringere Öffentlichkeit. Der Autor *Garrison Nelson* will mit seiner Analyse den Wahlkampfhelfern eine Unterlage für ihre Entscheidung liefern, bei welchem Abgeordneten eine politische Kampagne Erfolg verspricht. Eine interessante Untersuchung, auch was mögliche Rückschlüsse auf das Verhalten von Parlamentariern anderer Länder anbelangt.

Alexander Mitscherlich beschreibt in der *Neuen Rundschau*, Nr. 2/1970, den psychologischen Zusammenhang zwischen Krieg und menschlicher Aggressivität.

Internationale Politik, die Zeitschrift des jugoslawischen Journalistenverbandes, Nr. 488-9/1970, beziffert und kommentiert Streitkräfte auf fremden Territorien. 10 000 sowjetische Militärinstituteure gibt das Blatt für den Nahen Osten und Nordafrika an. Amerikanische und sowjetische Streitkräfte werden gleichermaßen als eine Einrichtung der Vergangenheit und als ein Element ständiger Kriegsgefahr bezeichnet, das die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern belastet und außerdem die Mittel für Bildung, Wissenschaft und Kultur im eigenen Lande einschränkt.

Nr. 264/1970 des *Monat* ist dem Verhältnis zu Polen gewidmet.

Recht und Politik, Nr. 2/1970 veröffentlicht „Leitsätze zur Reform der Juristenausbildung“, als Arbeitsergebnis der vom Bundesvorstand der ASJ (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen) eingesetzten Kommission.

Das Argument, Nr. 57/1970, behandelt Revolution und Konterrevolution in Griechenland und die kapitalistische Entwicklung in diesem Land. Nr. 58/1970 enthält die sechste Folge der Aufsätze zum Thema „Faschismustheorien“ und vergleicht neuere Analysen der *Carl-Schmitt*-Schule mit linken Theorien zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

Prof. Walter Fabian I Barbara Skriver